

INSIGHTS

DAS MAGAZIN FÜR FREUNDE UND FÖRDERER DES
HAMBURGISCHEN WELTWIRTSCHAFTSINSTITUTS (HWWI)

Nr.

1



Wachsender Output, ...

Nutzen Sie die Publikationen des HWWI zu Ihrem kontinuierlichen Wissens- und Informationsgewinn. Mit diesen Veröffentlichungen bieten wir Ihnen einen umfassenden Service an wirtschafts-, gesellschafts- und umweltrelevanten Informationen.



HWWI Update

Dieser Newsletter informiert das breite Lesepublikum über die laufenden und zukunftsweisenden Diskurse in Wirtschaftspolitik und -forschung und gibt einen Überblick über die neuesten Forschungsergebnisse und Aktivitäten des HWWI.



HWWI Standpunkt

Diese Beiträge, die sich vor allem an die Medien wenden, stellen kurze Meinungsäußerungen der HWWI ForscherInnen zu aktuellen Themen und Kontroversen aus Wirtschaft und Gesellschaft dar.



focus Migration

Über diese Informationsplattform erhalten Sie wissenschaftlich fundierte Fakten und Analysen rund um die Themen Migration und Integration, die top-aktuell und für eine breite Leserschaft verständlich aufbereitet sind.



HWWI News Thüringen

Dieser Newsletter behandelt vor allem ordnungspolitische Themen. Aktuelle Tendenzen werden hierbei beleuchtet und auf Basis wirtschaftswissenschaftlicher Forschung kritisch hinterfragt.

Publikationen des HWWI finden Sie auch online unter www.hwwi.org/Publikationen.

INHALT

Seite 5 Editorial

THEMEN

IMPLIKATIONEN VON QUERSCHNITTSTECHNOLOGIEN

Seite 6 Von der Dampfmaschine zur Nanotechnologie

LOKALE ASPEKTE DES GLOBALEN KLIMAWANDELS

Seite 10 Die Fischauktionshalle im Jahre 2050: Veranstaltungsort und Sehenswürdigkeit oder Unterwasserwelt?

HUMAN RESSOURCE MANAGEMENT ALS WETTBEWERBSFAKTOR

Seite 14 Je fitter die Crew, desto schlagkräftiger die Flotte

WIRTSCHAFTSFAKTOR SPORT

Seite 17 Fernsehgebühren für die Bundesliga?

STADTENTWICKLUNG VERSUS GENTRIFIKATION

Seite 20 Wem gehört die Stadt?

IRREGULÄRE MIGRATION

Seite 23 Sperrklinkeneffekte verstärkter Grenzkontrollen?

REIHE

ORDNUNGSPOLITIK NEU DENKEN

Seite 26 Rückkehr des Keynesianismus?
Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze!

EDITORIAL

Die sozio-ökonomischen und damit auch wirtschaftspolitischen Herausforderungen konnten und könnten nicht größer sein. Aber: Wir sind »von Hause aus« Optimisten. Schwierige Zeiten bieten neue Chancen für neue Ideen – gerade auch, um akute Probleme besser lösen zu können. In einem wichtigen Bereich unserer Arbeit, der Konjunkturanalyse, -diagnose und -prognose, haben wir in letzter Zeit nur begrenzt mit neuen Erkenntnissen zur Problemlösung beitragen können. Die Leistungen der HWWI-Forscherinnen und -Forscher und des HWWI als Think Tank der Metropolregion Hamburg sind aber wesentlich vielfältiger als die kurzfristige Konjunkturanalyse. Eine Auswahl dessen, was uns bewegt – und wie wir meinen, auch die Wirtschaftspolitik in Zukunft bewegen sollte – finden Sie in dieser ersten Ausgabe von »HWWI Insights«.

Warum diese neue Publikation? Zuerst als Dank an die vielen Freunde und Förderer des HWWI, durch deren Unterstützung ein weiteres überaus erfolgreiches Geschäftsjahr ermöglicht wurde. Hinzu kommt der immer wieder geäußerte Wunsch, auch zeitlose und manchmal weniger im Fokus stehende, dennoch interessante und spannende sozio-ökonomische Fragestellungen zu präsentieren. Und zwar einem breiteren Publikum, welches möglicherweise bisher die Arbeit und Themenvielfalt des HWWI als privates und damit nicht öffentlich

grundmittelfinanziertes Institut zu wenig wahrnehmen konnte. »HWWI Insights« ist außerdem die Herausforderung, wirtschaftswissenschaftliche Forschungsergebnisse kompetent darzustellen, was allen Beteiligten enorm viel Freude gemacht hat. Übrigens: Wenn Sie bei der Lektüre diese Freude merken sollten, haben Sie eine gute Vorstellung davon, wie wir – trotz aller Ernsthaftigkeit der Arbeit an sich – im HWWI arbeiten wollen und arbeiten können. Damit transportieren wir einen wesentlichen Wert unseres Institutes: Sozio-ökonomische Forschung, Analyse und Beratung macht Spaß und Wirtschaftspolitik muss jede und jeden interessieren.

Die in »HWWI Insights« angesprochenen Fragestellungen, hinter denen immer ein oder mehrere Projekte des HWWI stehen, sind zukunftsrelevant, sowohl für die Gesellschaft als auch für die Wirtschaft. Wir wollen Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, einen Einblick in Trendthemen ermöglichen, die unabhängig analysiert werden und auf besondere Art und Weise die Komplexität von sozio-ökonomischen Fragestellungen und den methodischen Fortschritt veranschaulichen. Wenn Sie die im Moment alle anderen Themen überlagernde »Krise« nun schon fast vergessen hatten: Lesen Sie weiter und gönnen Sie sich noch mehr Ablenkung. Ihr damit verbundener Erkenntnisgewinn lässt die zukünftigen Herausforderungen klarer und leichter werden.



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor und Sprecher der Geschäftsführung



Gunnar Geyer
Kaufmännischer Geschäftsführer

IMPLIKATIONEN VON QUERSCHNITTS- TECHNOLOGIEN

Von der Dampfmaschine zur Nanotechnologie

Text: Ingrid Ott

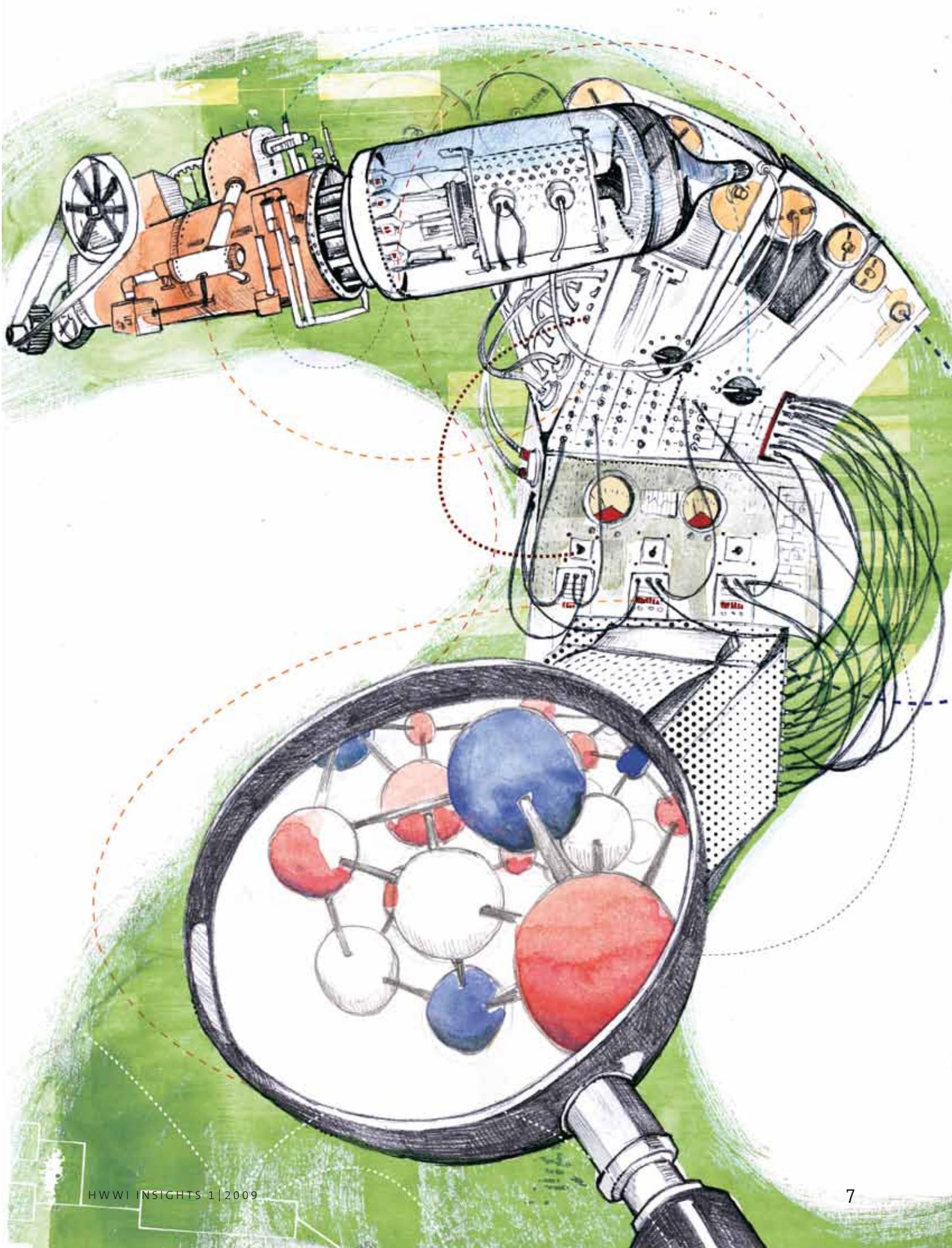
Technisch betrachtet sind Dampfmaschine und Nanotechnologie sehr verschieden – hinsichtlich ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Dimensionen hingegen sind beide Erfindungen durchaus vergleichbar. Sie liefern die Basis für andauernden technischen Fortschritt und somit für eine zentrale Wachstumsdeterminante in industrialisierten Volkswirtschaften. Allerdings ist die Wirkungskette von der bloßen Erfindung hin zu empirisch messbaren Effekten in Form von gesteigerter Produktivität sehr komplex. Nicht jede Erfindung ist gleichermaßen bedeutsam – weder was ihre ökonomischen noch ihre gesellschaftlichen Implikationen anlangt. Und gerade für grundlegende Innovationen gilt, dass ihre Potenziale erst in der langen Frist umfassend eingeschätzt und bewertet werden können.

Es ist möglich, für jede Epoche seit Beginn der Industrialisierung eine dominierende Technologie zu identifizieren, die in einer bestimmten Phase erstmals auftritt, sodann auf vielfältigste Weise zum Einsatz kommt, weit reichende Innovationen in anderen Bereichen der Wirtschaft induziert und aufgrund von Rückkopplungseffekten selbst beständig verbessert wird. Diese sogenannten drastischen Innovationen liefern die Grundlage für eine Vielzahl kleinerer, darauf aufbauender Erfindungen. Wann immer eine neue Klasse einer solchen Technologie in Erscheinung tritt, beginnen Überlegungen und Analysen, inwiefern sie Produktionsabläufe von Unternehmen, individuelle Konsummuster und schließlich auch sozio-ökonomische Beziehungen beeinflusst. Sind

all diese Effekte besonders ausgeprägt und haben sie weit reichende Wirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, spricht man von einer Querschnittstechnologie. Nach Abschluss sämtlicher Anpassungsprozesse, die im Zuge der neu auftretenden Technologie anfallen, steigt schließlich auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Experten erwarten, dass Nanotechnologie die bedeutendste Querschnittstechnologie des 21. Jahrhunderts sein wird.

Klassische Beispiele für dominierende Querschnittstechnologien sind die Dampfmaschine im 18. Jahrhundert, Elektrizität zu Beginn des 19. Jahrhunderts sowie Informations- und Kommunikationstechnologien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik erwarten, dass Nanotechnologie die bedeutendste Querschnittstechnologie des 21. Jahrhunderts sein wird. Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Querschnittstechnologien resultieren daraus, dass eine typische Funktion in weiten Bereichen Anwendung findet: beispielsweise legte die Entdeckung der binären Logik das Fundament für Informations- und Kommunikationstechnologien, welche nicht nur zu einer erneuten Restrukturierung von Produktionsabläufen führte. Mittlerweile sind diese Technologien fester Bestandteil im Alltag. ►



Für den Erfolg einer Querschnittstechnologie ist es erforderlich, dass sowohl die Technologie selbst als auch die aus ihr resultierenden Innovationen in nachgelagerten Bereichen der Wertschöpfungskette ein bestimmtes Maß an Effizienz erreicht haben. Nur dann findet eine Technologieadoption tatsächlich statt und Produktivitätsgewinne können realisiert werden. Aufgrund des Querschnittscharakters ist es denkbar, dass bislang wirtschaftlich voneinander unabhängige Sektoren erstmalig Überschneidungspunkte aufweisen: Die Glühbirne brennt in der Fabrik ebenso wie in einem Wirtschaftsforschungsinstitut, einem Supermarkt oder im Kino. Gleiches gilt für die Verfügbarkeit von Computern. Technologische Dynamik bewirkt, dass die Qualität der Querschnittstechnologie im Zeitablauf nicht konstant ist. Die Bereitstellung einer verbesserten Qualität ist allerdings für Unternehmen der Querschnittstechnologie erst dann lohnenswert, wenn hierfür hinlänglich Nachfrage seitens der nachgelagerten Sektoren besteht. Diese wiederum hängt von der Qualität der Querschnittstechnologie ab. Bei einer unkoordinierten Nachfrage hat jeder einzelne Nachfrager einen Anreiz, auf Qualitätsverbesserungen der Querschnittstechnologie, die aus der Nachfrage von anderen Akteuren resultiert, zu warten und sodann von dem gesunkenen Preis zu profitieren. Eine Koordination der Einzelnachfragen hingegen könnte dazu beitragen, dass Qualitätsverbesserungen und Preissenkungen schneller realisiert werden. Von dieser Art der Koordination profitieren somit Unternehmen im Bereich der Querschnittstechnologie und in den nachgelagerten Sektoren gleichermaßen.

Erfinder können sich nicht alle Erträge aus ihren Erfindungen aneignen, müssen jedoch die Kosten vollständig selbst tragen.

Problematisch hierbei ist, dass die einzelwirtschaftlichen Anreize nicht ausreichen, um den gesamten Innovationsprozess effizient zu gestalten. Erfinder können sich nicht alle Erträge aus ihren Erfindungen aneignen, müssen jedoch die Kosten vollständig selbst tragen. Dies

gilt gleichermaßen für Aktivitäten im Bereich der Querschnittstechnologie als auch in nachgelagerten Sektoren. Im Ergebnis finden weniger Innovationen statt als gesamtwirtschaftlich wünschenswert wären und diese darüber hinaus auch noch zu spät. Diese Problematik tritt bereits bei wenig komplexen Innovationen auf und ist im Bereich von Querschnittstechnologien aufgrund der vielfältigen Interaktionen entlang der Wertschöpfungskette verstärkt.

Welche Implikationen haben all diese Überlegungen nun für die Nanotechnologien? Unter dem Begriff der Nanotechnologie vereinen sich Forschung und Konstruktion, die in sehr kleinen Strukturen ablaufen, wobei üblicherweise die Grenze in Bereichen unterhalb 100 nm (Nanometer) gezogen wird. Wie winzig dies ist, verdeutlicht der folgende Vergleich: Ein Nanometer entspricht einem milliardstel Meter, oder anders formuliert, das Verhältnis eines Nanometers zu einem Meter entspricht der Relation des Durchmessers einer Ein-Cent-Münze zum Durchmesser der Erde. Allein aus der Kleinteiligkeit entstehen häufig neue Funktionalitäten herkömmlicher Stoffe, welche darauf zurückzuführen sind, dass diese Größenordnung einen Grenzbereich betrachtet, bei dem die Oberflächeneigenschaften der Materialien gegenüber ihren Volumeneigenschaften eine zunehmende Rolle spielen. In diesen Größenordnungen gelten dann auch nicht mehr die gängigen – und weitgehend gut erforschten – Gesetze der Festkörperphysik, sondern es müssen zunehmend quantenphysikalische Effekte berücksichtigt werden. Gemessen an den traditionellen Produktionsprozessen befindet sich das technologische Wissen in diesen Bereichen noch in den Kinderschuhen. Der Querschnittscharakter der Nanotechnologie äußert sich unter anderem darin, dass sie Gebiete sowohl aus der belebten als auch der unbelebten Natur umfasst. Immer mehr Anwendungen entstehen in der Energietechnik (beispielsweise Brennstoff- und Solarzellen), in der Umwelttechnik (Materialkreisläufe und Entsorgung), in der Informationstechnik (neue Speicher und Prozessoren) und im Gesundheitsbereich. Die Winzigkeit bietet die Chance, aus bestehenden Stoffen völlig neuartige Produkte, Funktionalitäten und Produktionstechnologien zu erzeugen. Nanomaterialien finden schon heute

Die Winzigkeit bietet die Chance, aus bestehenden Stoffen völlig neuartige Produkte, Funktionalitäten und Produktionstechnologien zu erzeugen.

vielfältige Anwendungen: Sie dienen beispielsweise einer höheren Stabilität oder einem niedrigeren Gewicht von Sportgeräten, der Herstellung sich selbst reinigender Oberflächen (Lotuseffekt), einer erhöhten Fließfähigkeit bei Lebensmitteln oder UV-Schutz bei Sonnencremes (Verzicht auf Konservierungsstoffe).

Das dahinter liegende ökonomische Potenzial ist enorm, die gesellschaftlichen Implikationen weitreichend. Gemessen an der Zeitachse kann die Argumentation zweistufig geführt werden:

↳ Der sogenannte *top-down*-Ansatz verkörpert die zunehmende Miniaturisierung bereits bekannter Produkte und Produktionsprozesse. Bedeutsam in diesem Kontext ist der Computer, bei dessen Entwicklung herkömmliche Verfahren mittlerweile an technische Grenzen einer weiteren Miniaturisierung stoßen. An diesem Beispiel lassen sich auch die genannten komplementären Innovationsprozesse zwischen Querschnittstechnologie (hier Nanotechnologie) und nachgelagerten Sektoren (in diesem Fall Computerindustrie) verdeutlichen: leistungsfähigere Computer ermöglichen verbesserte Produktionsbedingungen im Bereich von Nanotechnologie. Nur durch Nanotechnologie wiederum gelingt die Überwindung der derzeitigen Leistungsgrenzen von Computern. Die Innovationsprozesse in vor- und nachgelagerten Sektoren sind interdependent.

↳ Der Logik des *bottom-up*-Ansatzes folgend sind die Potenziale von Nanotechnologien jedoch noch weitreichender: Dieser Ansatz nimmt die Metapher »*Shaping the world atom by atom*« sozusagen beim Wort. Mit Hilfe der Nanotechnologie ist es nämlich erstmalig möglich, Atome und Moleküle von Menschenhand einzeln anzuordnen. Wenngleich dieses Verfahren derzeit aus ökonomischer Sicht nicht effizient ist, zeigt doch allein die technische Machbarkeit eine Perspektive auf, welche zu

Produkten und Prozessen führen kann, die derzeit noch unvorstellbar, jedoch in mehreren Jahrzehnten so selbstverständlich sind, wie Computer oder Mobiltelefon heute.

Bis all diese Effekte zum Tragen kommen, wird einige Zeit vergehen. Zu Beginn des Auftretens der neuen Technologie finden vielerlei Aktivitäten parallel statt – zum Beispiel das Schreiben mit der traditionellen Schreibmaschine und am Computer. Lern- und Anpassungsprozesse im Zuge der Umstellung von einer Technologie auf eine andere fallen an. Kurzfristig kann dies sogar bewirken, dass die gesamtwirtschaftliche Produktivität sinkt. Dem gegenüber sind jedoch jene Produktivitätsgewinne zu setzen, die langfristig infolge eines höheren technologischen Niveaus realisiert werden können. Unternehmen und Politik benötigen einen langen Atem und das tiefere Verständnis dafür, dass das vom Nobelpreisträger für Ökonomie im Jahr 1987 hinsichtlich Informations- und Kommunikationstechnologie formulierte Produktivitätsparadox: »*You can see the computer age everywhere but in the productivity statistics*«. allenfalls die kurze bis die mittlere Frist der ökonomischen Effekte von Querschnittstechnologien beschreibt. Inzwischen lassen sich anfängliche Steigerungen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, die auf die Erfindung und Implementierung des Computers zurückzuführen sind, auch empirisch belegen.

Die geschilderten Argumente verdeutlichen, dass die ökonomischen Potenziale von Nanotechnologien erst in der langen Frist umfassend eingeschätzt und bewertet werden können. Die gesellschaftlichen Implikationen sind noch weitaus spekulativer. Stellt man jedoch Analogien zu Dampfmaschine, Elektrizität oder Informations- und Kommunikationstechnologien her, so lässt sich erahnen, dass die Welt in ein paar Jahrzehnten eine andere sein wird, als sie es heute ist, und ein Großteil der Änderungen werden sich auf Nanotechnologien zurückführen lassen können.

Im Rahmen des Projekts »Converging Institutions? How do Regional Institutions Stimulate the Innovation Process in Economy and Society – a German-French Comparison«, gefördert durch die VolkswagenStiftung, untersuchen das HWWI und die Leuphana Universität Lüneburg die Implikationen der Entwicklung von Nanotechnologien für die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen und Netzwerke in den Metropolregionen Hamburg (Deutschland) und Grenoble (Frankreich).

LOKALE ASPEKTE DES GLOBALEN KLIMAWANDELS

Die Fischauktionshalle im Jahre 2050: Veranstaltungsort und Sehenswürdigkeit oder Unterwasserwelt?

Text: Sven Schulze

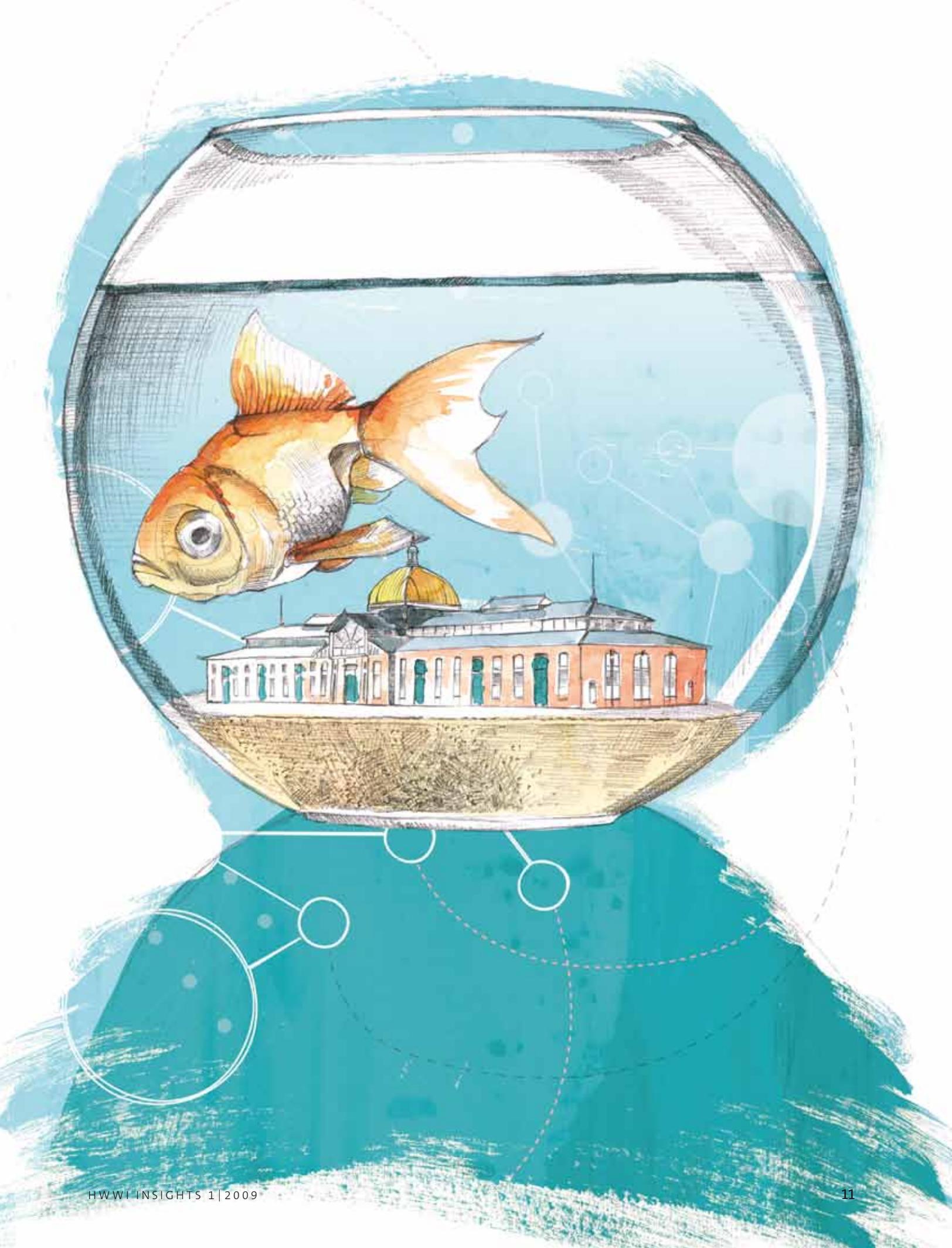
Die Fischauktionshalle und der angrenzende Fischmarkt in Hamburg-Altona bilden nicht nur einen regelmäßigen Anziehungspunkt für Ausflügler und Nachtschwärmer. Sie schaffen auch die ökonomische Lebensgrundlage für einige Gewerbetreibende und darüber hinaus dienen die naheliegenden Gebäude als Wohn- und Geschäftsraum. Bereits heutzutage bietet dieser Anziehungspunkt in einigen Herbst- und Wintermonaten gelegentlich aber ein wahres Wechselbad der Gefühle: An einem Tag noch Sehenswürdigkeit und am nächsten Tag schon überflutetes Kulturgut.

Grundsätzlich steht man in diesem Zusammenhang also vor einem Anpassungsproblem und nicht vor einem Vermeidungsproblem.

Das mag den einen oder anderen auf den Plan rufen, der hierfür den von Menschenhand verursachten Klimawandel verantwortlich sieht und dessen schnellstmöglichen Stopp propagiert. Doch dieses hehre Ziel wird man alleine auf regionaler oder nationaler Ebene nicht verwirklichen können. Vielmehr müssen dafür internationale Abkommen geschlossen werden, die klare und durchsetzbare Zielvorgaben machen und alle relevanten Akteure einbinden – jedenfalls solange man die Milderung des Klimawandels als politisch vordringliche Auf-

gabe auffasst. Es ist dann auch klar, dass zur Bekämpfung dieses globalen Phänomens auf allen weiteren Ebenen (national, regional, individuell) Maßnahmen und Verhaltensänderungen nötig sind. Inwieweit dies der Fischauktionshalle und anderen bedrohten Gebäuden und Gebieten rechtzeitig helfen kann, sei dahingestellt. Grundsätzlich steht man in diesem Zusammenhang also vor einem Anpassungsproblem und nicht vor einem Vermeidungsproblem. Dann stellt sich unmittelbar die Frage: Was kann oder sollte mithin getan werden und welche Überlegungen sind dabei anzustellen? Am lokalen Beispiel der Hamburger Fischauktionshalle soll dies im Folgenden verdeutlicht werden.

Die Kosten um die Fischauktionshalle und das umliegende Gebiet flutsicher zu machen, sind auf den ersten Blick einfach zu bestimmen. Man muss lediglich die Investitionskosten des Projektes kennen und wissen, wie hoch die Folgekosten aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten sein werden. Auf den zweiten Blick bestehen hier jedoch einige Unwägbarkeiten. Zunächst ist zu klären, welche technischen Optionen zur Verfügung stehen. Futuristischen Gedanken, wie einem Aufstellen der Fischauktionshalle oder ihre Verlegung an einen überflutungssicheren Ort, steht nicht nur die Frage der Machbarkeit entgegen, sondern auch die Überlegung, dass das Quartier in seiner Gänze gegen die Widrigkeiten extremen Wetters geschützt werden soll. Naheliegend ist es dann, entweder das Überfluten ►



frühzeitig – beispielsweise entlang des Elbelaufes – zu unterbinden, die notwendigen Schutzanlagen zu installieren oder die Gebäude und Plätze wetterfest zu machen. Letztlich ist es dann die Aufgabe von Ingenieuren und Technikern, die technischen Möglichkeiten auszuloten und auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen. Da aber neue oder verbesserte bekannte Verfahren zur Anwendung kommen werden, dürften nicht nur Unsicherheiten hinsichtlich der Investitions-, sondern auch der Wartungskosten bestehen.

Ungleich schwieriger als die Kostenschätzung für Schutzmaßnahmen ist die Ermittlung des Wertes der vermiedenen Schäden, also des Nutzens einer Anpassungsaktion. Denkt man an diesen Nutzen, so fallen einem zwar sofort vermiedene Schäden an der Fischauktionshalle selbst, an den anderen Geschäfts- und Wohnhäuser entlang der Großen Elbstraße, an der öffentlichen Infrastruktur und vieles mehr ein. Diese direkten Schäden lassen sich mit Hilfe von Ingenieuren, Bausachverständigen und anderen Experten noch gut beziffern und in Geldeinheiten bewerten. Wie steht es aber mit den indirekten Schäden? Ein dauerhaft überfluteter Fischmarkt entzieht den dortigen Händlern zum Teil ihre Geschäfts- und Lebensgrundlage; gänzlich gilt dies für den Betreiber einer unter Wasser stehenden Fischauktionshalle. Außerdem müssten andere Gewerbetreibende sich wohl neue Standorte suchen und die Gegend um die Fischauktionshalle verliert ihre touristische Attraktivität. Damit kommt es unmittelbar zu Verlusten an wirtschaftlicher Leistung. Je nach dem, wie die genannten Unternehmen und Unternehmer mit anderen über Lieferbeziehungen verflochten sind, resultieren aus dem unmittelbaren Verlust an Wertschöpfung Zweit- und Drittrundeneffekte. Fungiert die Fischauktionshalle nicht mehr als Veranstaltungsort, so werden beispielsweise keine externen gastronomischen Dienstleistungen mehr benötigt und die betreffenden Zulieferer büßen Umsätze ein. Sofern die Erst- und Folgerundeneffekte mit Arbeitsplatzverlusten einhergehen, ergeben sich aus den Einkommenseinbußen der freigestellten Mitarbeiter wiederum Kaufkraftverluste mit weiteren Rückkopplungseffekten. Für eine erste Vorstellung über die indirekten Schäden müssen also sämtliche unmittelbaren

und die daraus folgenden Konsequenzen für die Wertschöpfung in den betroffenen Unternehmen – oder allgemeiner den Branchen – berücksichtigt werden. Hinzu treten Kosten des »Ausweichens« und seiner Folgen. Ehemalige Anwohner der Großen Elbstraße müssten zum Beispiel ausweichen, indem Sie sich neue Wohnräume suchen; ehemalige Gewerbetreibende des Gebietes müssen sich ebenfalls neue Flächen und Immobilien suchen – entweder innerhalb der Metropolregion oder außerhalb ihrer Grenzen. Die Folge ist, dass sich die Nachfragesituation nach Wohn- und Gewerbeimmobilien an anderer Stelle verändern, sprich erhöhen wird, während sie in der Gegend um den Fischmarkt zusammenbräche. Unter ansonsten gleichen Bedingungen verhielte dies einen Anstieg der Immobilienpreise in den Ausweichgebieten. Auch dieser indirekte Effekt ließe sich durchaus noch quantifizieren. Doch in der Betrachtung fehlt eine dritte Schadenskategorie, die nur schwer monetär zu bewerten ist, und zwar diejenige der so genannten intangiblen Schäden. Hiermit ist vor allem der (mögliche) Verlust von Menschenleben gemeint. Kann also durch eine größere Flutsicherheit des Gebietes um die Fischauktionshalle das Ertrinken von Menschen verhindert werden, so wird man dies sicher als wünschenswert ansehen. In Geldeinheiten kann man diesen Erfolg aber nur schwer bewerten, außer man erlaubt sich ein normatives Urteil über den Wert eines Menschenlebens. Davon unbenommen bleibt die Tatsache, dass es durchaus ökonomische Ansätze für eine entsprechende Quantifizierung gibt.

Allerdings kann man sich auch vorstellen, dass ein dauerhaftes »Land unter« der Fischauktionshalle auch mit Nutzen behaftet sein kann.

Diese ohnehin komplexen Fragestellungen werden durch einige Aspekte zusätzlich verkompliziert. Erstens war bisher nur die Rede von Kosten einerseits und vermiedenen Schäden und damit Nutzen andererseits. Allerdings kann man sich auch vorstellen, dass ein dauerhaftes »Land unter« der Fischauktionshalle auch mit

Nutzen behaftet sein kann. Zu denken wäre hier an die aus dem Wasser ragende Spitze der Fischauktionshalle als Mahnmal gegen den anthropogenen Klimawandel und damit neuen touristischen Anziehungspunkt oder an Bezirke in der Metropolregion Hamburg, die als nicht flutgefährdete Nutznießer zu neuer Prosperität gelangen. Zweitens argumentiert man bei allen Erwägungen zu Kosten und Nutzen unter einem hohen Grad an Unsicherheit. Zwar herrscht Konsens über die Existenz eines fortschreitenden Klimawandels. Gleichzeitig ist eine Mitschuld menschlichen Verhaltens hieran kaum von der Hand zu weisen, wenngleich das Ausmaß dieser Mitschuld und mithin die Beeinflussbarkeit des Klimawandels weiter umstritten sind. Jedoch gibt es trotz allem nur Wahrscheinlichkeitsaussagen über die möglichen Konsequenzen für bestimmte Regionen. Insbesondere die Länge des Betrachtungshorizontes erschwert es dabei, belastbare Aussagen zu treffen. Hinsichtlich des Betrachtungshorizontes gilt Ähnliches für die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung, die aber zwingend notwendig ist, um überhaupt Anhaltspunkte für das Bedrohungspotenzial von klimawandelbedingten Ereignissen zu erhalten. Drittens mag sich der ein oder andere die Frage stellen, was ihn denn die Fischauktionshalle in 40 Jahren kümmern solle, wenn man das schöne Geld doch heutzutage für viele sinnvollere und unmittelbar nützliche Dinge ausgeben könnte. Dahinter steht das grundlegende Problem, wie die Zukunft gegenüber der Gegenwart zu bewerten ist. Die ökonomisch-technische Antwort lautet, dass man einfach die Zukunftswerte abzinsen müsste, um sie mit den Gegenwartswerten vergleichbar zu machen. Welches hierfür der richtige Zinssatz ist, liegt im Auge des Betrachters und ist nur schwer objektivierbar.

Die Entscheidung, ob die Fischauktionshalle im Jahre 2050 eher als Sehenswürdigkeit oder als natürlich geflutetes Aquarium taugt, lässt sich also in wesentlichen Teilen mit wissenschaftlichen Methoden fundieren. Dies gilt unabhängig von allen Unsicherheiten bezüglich der notwendigen Prognosen und den zur Anwendung kommenden Bewertungsmethoden. Diese Überlegung lässt sich auf größere Gebietseinheiten übertragen, das heißt, es sollte auf der regionalen Ebene möglich

Die Entscheidung, ob die Fischauktionshalle im Jahre 2050 eher als Sehenswürdigkeit oder als natürlich geflutetes Aquarium taugt, lässt sich in wesentlichen Teilen mit wissenschaftlichen Methoden fundieren.

sein, Aussagen über die Höhe von Ausgaben für Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel zu machen. Erst auf Basis dieser Schätzungen ist es dann möglich, über Sinn oder Unsinn verschiedener Aktionen zu befinden. Selbst wenn aber Anpassungsmaßnahmen an einer bestimmten Stelle sinnvoll erscheinen, heißt das noch nicht, dass sie auch zwingend dort ergriffen werden sollten. Bei begrenzten Mitteln sind diese stets so einzusetzen, dass sie den größtmöglichen Ertrag – in diesem Fall also den größtmöglichen vermiedenen Schaden – abwerfen. Überspitzt formuliert können damit 10 Millionen Euro für einen verbesserten Hochwasserschutz des Hamburger Hafens besser eingesetzt sein, als für die Flutsicherung der Fischauktionshalle. Nur eine regional abgestimmte Anpassungsstrategie vermag dies zu koordinieren. Eine letzte entscheidende Frage kann aber auch diese nicht beantworten: Wer sollte für die Kosten von Anpassungsmaßnahmen aufkommen? Es darf jedenfalls nicht der Eindruck entstehen, dass es sich allein um eine öffentliche Aufgabe handelt, denn Unternehmen und Privatpersonen haben genügend Anreize, von sich aus die Initiative zu ergreifen – sofern nur die notwendigen Informationen vorliegen, die die Wissenschaft bereitstellen muss. Und bei öffentlich finanzierten Maßnahmen können die Kosten umso leichter auf die Nutznießer umgelegt werden, je eindeutiger diese zu identifizieren sind.

Im Rahmen des kürzlich gestarteten Verbundprojektes KLIMZUG-Nord (Klimawandel regional zukunftsfähig gestalten) innerhalb der Metropolregion Hamburg wird das HWWI die angesprochenen speziellen und grundsätzlichen Fragestellungen der Klimapolitik untersuchen.

HUMAN RESSOURCE MANAGEMENT ALS WETTBEWERBSFAKTOR

Je fitter die Crew, desto schlagkräftiger die Flotte

Text: Christina Boll

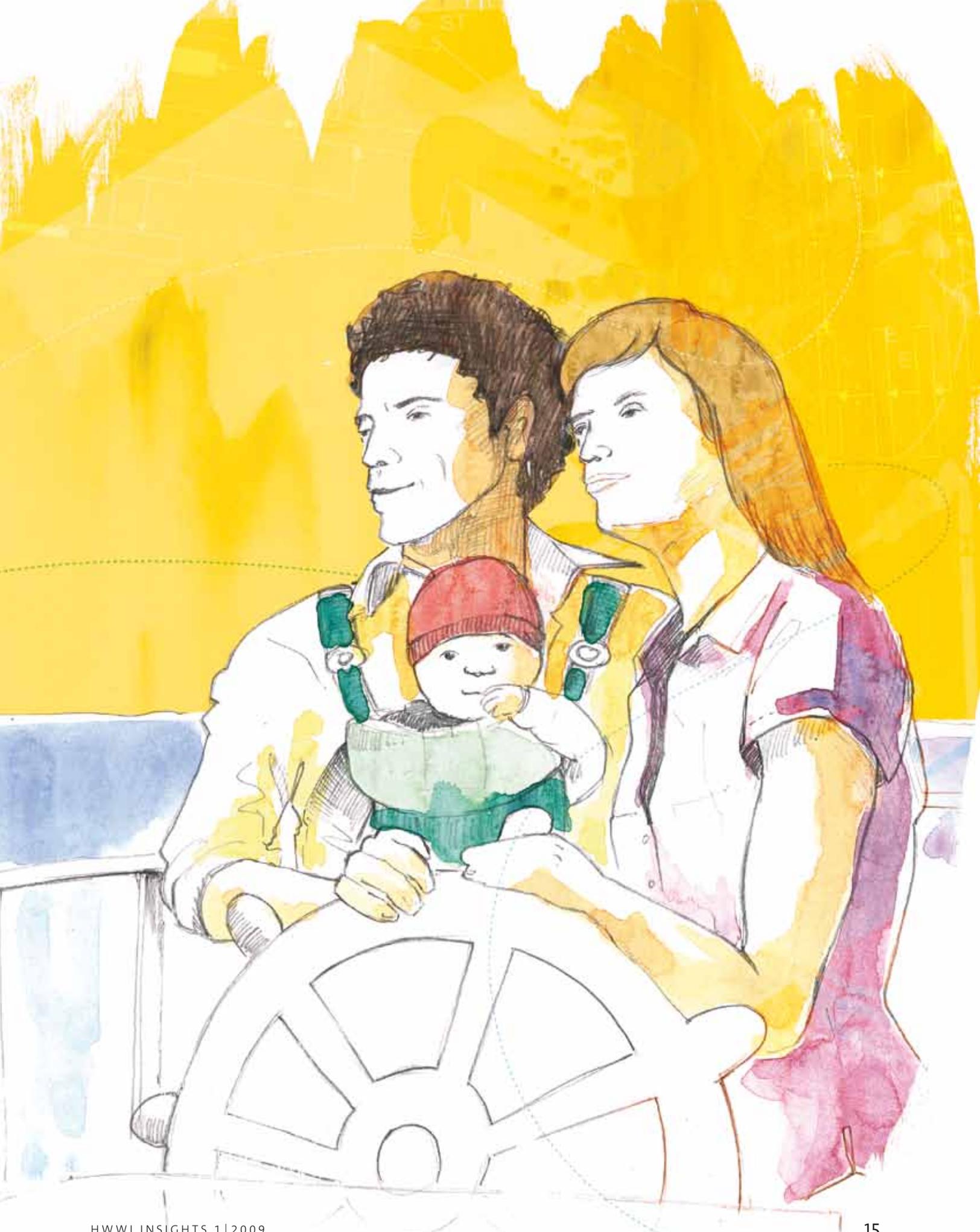
Ob Deutschland auf Wachstumskurs bleibt und weiter Fahrtwind aufnehmen kann, hängt von den Humanressourcen ab, die das Land mobilisieren kann. Vergleichbar einem Schiff, das auf rauer See Kurs halten muss, steht und fällt auch die Zukunft Deutschlands mit der Fitness seiner Crew. Denn Vorsprungsgewinne durch Innovationen lassen sich nur mit einem Vorsprung an *Know-how* erzielen. Doch woher kommen sie heute – Deutschlands Humanressourcen?

Das Angebot an Humanressourcen: Die Mannschaft, die zur Mehrung des Sozialproduktes antritt, wird zunächst auf Haushaltsebene zusammengestellt. Dabei sind längst nicht mehr nur die Männer am Zug: Während die Arbeitsteilung auf Haushaltsebene in früheren Zeiten klar definiert war – der Mann verdient den Broterwerb, die Frau kümmert sich um Haushalt und Kinder –, ringen Paare heute um eine familienverträgliche und zugleich wirtschaftlich rationale Zeitverwendung. Da Zeit in Geldeinheiten bewertet werden kann, sind auch im Kleinunternehmen »Haushalt« Nutzen und Kosten scharf gegen zu rechnen. Auf der Nutzenseite werden im Zuge fortschreitender Gleichberechtigung und eines veränderten geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses zunehmend auch nichtmonetäre, aber gleichwohl wertvolle, Nutzenbestandteile veranschlagt: Männer wollen ihre Väter-Rolle ein Stück weit mehr ausleben, Mütter gleichsam ihre Rolle als beruflich selbstständige Frau. Auch auf der Kostenseite wird heute anders bilanziert: Dank verfügbarer und günstiger marktgängiger Substi-

tute spart das eigenhändige Hemdenbügeln inzwischen weitaus weniger Kosten ein als früher, im Gegenteil: Es verursacht hohe implizite Kosten. So verzichtet eine Frau nach eigenen Berechnungen allein bis zum 45. Lebensjahr auf – je nach Bildungsgrad – bis zu 200 000 Euro Bruttolohnsumme, wenn sie im Alter von 28 Jahren eine 3-jährige Babypause eingeht (ein Jahr Auszeit, gefolgt von zwei Jahren Teilzeit).

Die Nachfrage nach Humanressourcen: Nicht jedes Mitglied dieser Mannschaft erhält vom Kapitän Order, sich an Bord zu begeben. Andere Mitglieder dagegen werden umso heftiger beworben. Wer sich im rauen Wind global vernetzter Absatzmärkte behaupten will, muss auch auf den Beschaffungsmärkten jeden Euro zweimal umdrehen. Dass es dabei nicht allein um Kostenminimierung, sondern um die Gewinnung und Bindung von Werttreibern gehen muss, ist mittlerweile nicht nur unter *Controllern* Allgemeingut. Die Werttreiber, das sind oftmals gerade jene Familienmütter oder -väter, die – hoch motiviert und hoch qualifiziert – ihren ►

Die Werttreiber, das sind oftmals gerade jene Familienmütter oder -väter, die – hoch motiviert und hoch qualifiziert – ihren Beitrag dazu leisten wollen, das Firmenschiff auf Kurs zu halten.



Beitrag dazu leisten wollen, das Firmenschiff auf Kurs zu halten. Familienbewusste Personalpolitik wird daher schon lange nicht mehr als Mitarbeitergeschenk verbucht, das in fetten Jahren zu zahlen und in mageren zu streichen ist, sondern als durchkalkulierte Investition in Humanvermögen: Wer beispielsweise mittels flexibler Arbeitszeitmodelle, Weiterbildung in Elternzeit und Betriebskindergärten dafür sorgt, dass die betrieblichen Erträge vormals teuer ausgebildeten oder eingekauften Personals auch eingefahren werden, stellt nichts weniger als eine vernünftige Amortisation dieser Investitionen sicher. Ganz nebenbei profitieren davon auch Arbeitgeberimage und Betriebsklima.

Das Angebot von morgen: Will Deutschland in der internationalen Regatta auf Dauer die Nase vorn haben, gilt es, nicht nur heute schon die besten Köpfe zu versammeln, sondern auch für den Mannschafts-Nachwuchs zu sorgen. Wer Eltern, die mit beiden Beinen fest an Deck stehen und das Steuern gewohnt sind zum Kinderkriegen in die Kajüte verbannt, braucht sich über ausbleibenden Kindersegen nicht zu wundern. Nur wenn Paare Kinderwunsch und Teilhabe am Erwerbsleben in persönlich zufrieden stellender Weise kombinieren können, stellt sich Nachwuchs ein. Denn auf Platz eins der Voraussetzungen zur Familiengründung rangiert noch immer die Konsolidierung elterlichen Einkommens: Staatliche Alimente im windgeschützten Bereich unter Deck werden von immer weniger potenziellen Eltern als akzeptabler Ersatz für eigenständig erworbenes Einkommen akzeptiert. Vielmehr ist das Bewusstsein dafür, dass das Familieneinkommen nur dauerhaft sichert, wer dauerhaft beschäftigungsfähig bleibt, in Zeiten fortgesetzten Arbeitsplatzabbaus enorm gestiegen. Hinzu kommt, dass kein staatlicher Transfer den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen und die Selbstbestätigung durch beruflichen Erfolg ersetzen kann.

Was tun? Erstens: Den Kräften des Marktes vertrauen – auch für Humanvermögen. Die Marktteilnehmer kennen ihre Bedürfnisse selbst am besten, und die Knappheitsrestriktion für kluge Köpfe sichert die effiziente Verortung derselben. Allerdings sind hierzu – zweitens – gleiche Startbedingungen für alle erforderlich: Wer an Deck gehen will und dort gebraucht wird,

sollte dies auch tun können, ungeachtet seines persönlichen oder familiären Hintergrunds. Dies setzt voraus, dass Beruf und Familie miteinander vereinbar sind. Und hier schließt sich der Kreis: Junge Eltern, die diese beiden zentralen Lebensbereiche als miteinander vereinbar erleben, stillen nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse, sondern können sich – gerade deshalb – auch eher für ein Kind entscheiden. Eine gute Vereinbarkeitspolitik hat daher eine dreifache gesamtwirtschaftliche Rendite: Sie ist wirtschaftlich effizient, sie erhöht die lebensweltlichen Teilhabechancen von Frauen und Männern, und sie sichert den Fortbestand der Gesellschaft. Weil aber Kinder (auch) gut für das Allgemeinwohl sind, also zumindest zum Teil den Charakter eines öffentlichen Gutes besitzen, ist auch die Aufgabe, Familie und Beruf als miteinander vereinbar zu gestalten, keine Privatsache, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Doch was ist »gute Vereinbarkeitspolitik«? Sicherlich mehr als Kinderbetreuungs-Management, dessen Erfolg in Stunden gemessen wird. Es geht nicht um quantitative, sondern um qualitative Teilhabe – nicht um eine Halbtagsbeschäftigung welcher Art auch immer, sondern um eine ausbildungsadäquate Beschäftigung mit Perspektive, also um den Aufstieg mit Kind, das Durchbrechen der »gläsernen Decke«. Hier ringen tagtäglich Arbeitgeber und Arbeitnehmer um individuell passende Lösungen. Und wiederum gilt: Das mikroökonomische Kalkül dient dem makroökonomischen Interesse. Wer dafür sorgt, dass kein Talent ungenutzt, kein investierter Euro abgeschrieben wird, der noch gute Erträge erwirtschaften kann, betreibt bestes *Human Resource Management*. Unkonventionelle Ideen sind gefragt. Dann hat das Schiff Deutschland auch stets die erforderliche »Handbreit Wasser unterm Kiel«.

Weiterführende Literatur:

- Boll, C. (2009): Lohneinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen - fertilitätstheoretische Einordnung, Quantifizierung auf Basis von SOEP-Daten und familienpolitische Implikationen, HWWI Research Paper, 1-19, Hamburg.
- Reich, N. (2008): Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Deutschland: Analyse potenzieller Effekte auf Geburtenzahl und Fertilitätsstruktur, HWWI Policy Paper, 1-10, Hamburg.

WIRTSCHAFTS- FAKTOR FUSSBALL

Fernsehgebühren für die Bundesliga?

Text: Henning Vöpel

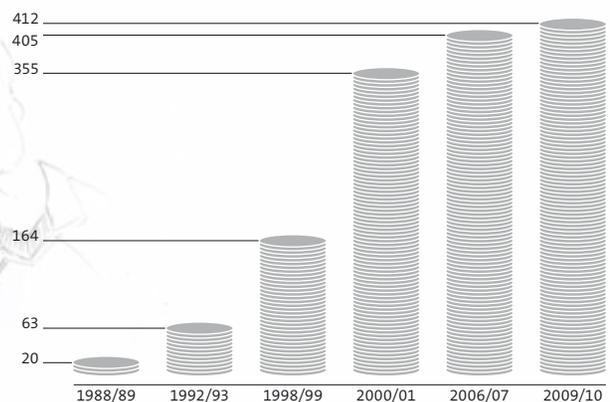
»N'Abend allerseits.« Mit diesen Worten begrüßte Heribert Fassbender in den 1980-er Jahren einst die Zuschauer zur Sportschau am Samstag. Von lediglich drei Spielen eines Bundesligaspieltags gab es damals Zusammenfassungen in bewegten Bildern. Mitte der Achtziger wurde der Fernsehmarkt in Deutschland liberalisiert und für private Anbieter geöffnet. Bald darauf gingen die TV-Rechte für die Bundesliga erstmals an private Sender. Die Sportschau in der ARD wurde erst von RTL mit der Sendung »Anpfiff«, später von Sat1 mit »ran« abgelöst. Heute werden mittlerweile alle Spiele der 1. und 2. Bundesliga live übertragen. Und auch die Sportschau

ist inzwischen mit der Bundesliga zurück auf dem Bildschirm.

Als Folge der Liberalisierung des Fernsehmarktes und des Wettbewerbs der Sender um die TV-Rechte sind die Einnahmen der Bundesliga aus der Vermarktung der Medienrechte in den letzten 20 Jahren rasant gestiegen und mittlerweile zu einer der wichtigsten Finanzierungsquellen der Fußball-Vereine geworden (vgl. Abbildung 1). Doch im internationalen Vergleich hinkt die Bundesliga der spanischen Primera Division, der italienischen Serie A und vor allem der englischen Premier League immer noch weit hinterher. ►

Abbildung 1:

Einnahmen aus den TV-Rechten der Bundesliga (in Mio. Euro)



Quelle: DFL 2008, 2009.

Vor diesem Hintergrund hat Uli Hoeneß, Manager des FC Bayern München, jüngst gefordert, die öffentlichen Rundfunkgebühren um zwei Euro zu erhöhen. Damit sollen ARD und ZDF die TV-Rechte für die Bundesliga finanzieren. Durch die höheren Einnahmen könne die Bundesliga einerseits wettbewerbsfähiger werden, andererseits könnten alle Fans und Zuschauer im Gegenzug die Bundesliga live und frei empfangbar im Fernsehen verfolgen. Ein sinnvoller Vorschlag also?

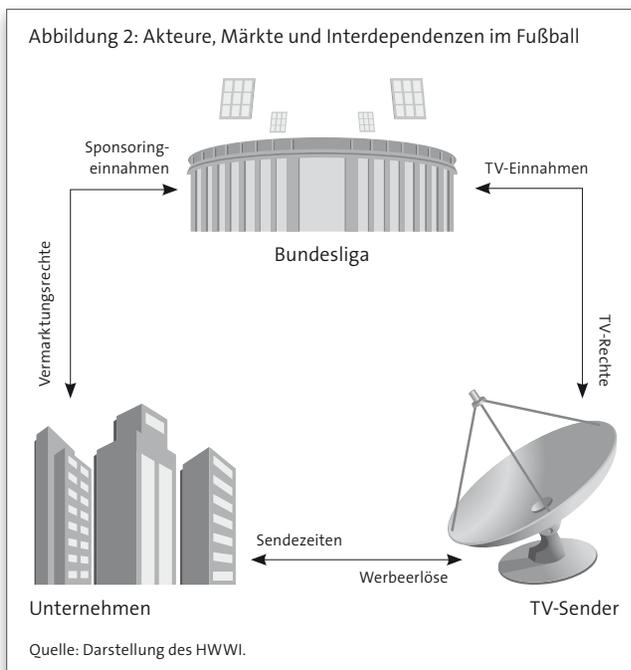
Die DFL agiert faktisch als Monopolist.

Die Deutsche Fußball-Liga (DFL) als Vertreter aller Bundesligavereine vermarktet die Fernsehrechte an der Bundesliga zentral; sie vergibt die Rechte an allen Spielen gebündelt an den meistbietenden Sender. Die DFL agiert somit faktisch als Monopolist. Der Sender, der die Exklusivrechte erhält, ist seinerseits Monopolist gegen-

Hintergrund: Fußball im Fernsehen

Aus Sicht der Fernsehsender stellt das Engagement im Fußball nicht zuletzt auch eine strategische Entscheidung dar. Mit Fußball im Programm hoffen die Sender, für die Werbewirtschaft besonders attraktiv zu sein und höhere Einnahmen erzielen zu können. Sendezeiten können sie dann zu höheren Preisen an die werbetreibende Wirtschaft verkaufen und so die Werbeerlöse maximieren. Für die Rundfunkanbieter ergeben sich damit folgende Interdependenzen auf den relevanten Märkten: Die von der Attraktivität der Programme abhängige Publikumsreichweite auf dem Rezipientenmarkt bestimmt maßgeblich die Höhe der Werbeerlöse auf dem Werbemarkt, die wiederum den Finanzierungsrahmen bei der Beschaffung attraktiver Programme auf dem Programmmarkt setzen.

Die DFL als Monopolist der Vermarktungsrechte entscheidet darüber, ob sie die TV-Rechte an beitragsfinanzierte (Pay-TV), gebührenfinanzierte (Pay-per-View), werbefinanzierte (privates Free-TV) oder mischfinanzierte Rundfunkveranstalter (öffentlich-rechtliches Free-TV) vergibt. Durch eine Produkt- und Preisdifferenzierung kann die DFL die Verwertungsrechte räumlich und zeitlich differenzieren und diese getrennt vermarkten. Ein Beispiel für den Versuch, die Einnahmen zu maximieren, ist der neue Spielplan, demzufolge die Partien eines Spieltages – gegen den mehrheitlichen Willen der Fans – sich über das komplette Wochenende erstrecken. Es stellt sich für die Bundesliga jedoch die Frage, welche langfristigen strategischen Ziele unter Umständen bei der Vermarktung der Rechte eine Rolle spielen. So kann etwa eine Vergabe der TV-Rechte an Pay-per-View- oder Pay-TV-Sender zwar kurzfristig vorteilhaft sein, langfristig aber aufgrund mangelnder Programmreichweite zu einem Rückgang der Rezipientenzahl auf dem Programmmarkt und insoweit zu einer Erosion der maßgeblich hiervon abhängigen Werbeeinnahmen führen. Dieser Fall tritt ein, wenn ein Engagement im Sponsoring und in der Werbung im Zusammenhang mit Fußball für die werbetreibende Wirtschaft zunehmend unattraktiv geworden ist, weil die Präsenz des Fußballs im reichweitenstärkeren Free-TV zurückgegangen ist. Beide Finanzierungsquellen, TV-Rechte einerseits sowie Sponsoring und sonstige Vermarktung andererseits, sind also nicht unabhängig voneinander zu betrachten. Denn es ist vor allem die Massenattraktivität des Fußballs, die ihm seine finanzielle Grundlage dauerhaft sichert.



über Zuschauern und auf dem Werbemarkt. In den Geboten der Sender für die TV-Rechte ist diese Monopolstellung aber bereits einkalkuliert, so dass letztlich der DFL sämtliche Monopolgewinne zufallen. Die Zentralvermarktung durch die DFL wurde vom Bundeskartellamt zuletzt mit dem Argument für zulässig erklärt, dass eine kompakte Berichterstattung für die Zuschauer durchaus wünschenswert sein kann. Allerdings wurde die Auflage erteilt, für die Zuschauer eine zeitnahe Berichterstattung im frei empfangbaren Fernsehen zu gewährleisten, damit diese vor einem Missbrauch des Monopols geschützt und angemessen an den Vorteilen der Zentralvermarktung beteiligt werden. Als Folge dieses Urteils musste Ende des letzten Jahres der schon geschlossene Fernsehvertrag für die Saison 2009/10, der den Vereinen Einnahmen in Höhe von rund 500 Millionen Euro gebracht hätte, neu verhandelt werden. »Nur« noch 412 Millionen Euro pro Saison konnten unter der Auflage des Bundeskartellamtes erzielt werden. Denn eine zeitnahe Berichterstattung reduziert die Zahlungsbereitschaft der Fußballfans für ein Pay-TV-Abonnement und senkt auf diese Weise das Gebot für die Exklusivrechte für die Live-Berichterstattung. Immerhin entsprechen die ausgehandelten 412 Millionen Euro inflationsbereinigt ungefähr dem Niveau der Saison 2008/09.

Eine zeitnahe Berichterstattung im frei empfangbaren Fernsehen muss aber nun keinesfalls im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erfolgen.

Eine zeitnahe Berichterstattung im frei empfangbaren Fernsehen muss aber nun keinesfalls im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erfolgen. Fußball kann ebenso von privaten Sendern gezeigt werden. Ein Marktversagen liegt hier ebenso wenig vor wie ein Grundversorgungsauftrag durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks besteht darin, die Öffentlichkeit umfassend und ausgewogen mit dem Ziel der Bildung, Unterrichtung und Unterhaltung zu informieren. Aus dem normativen Programmauftrag leitet sich die »Grundversorgung« der

Bevölkerung ab. Begründet wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk vor allem »meritorisch«: Solche Programminhalte, die als sinnvoll und wichtig erachtet werden, aber privat nicht bereitgestellt werden, weil sie von den Zuschauern nicht ausreichend nachgefragt werden, sollen auf diese Weise im gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehen dennoch angeboten werden.

Es ist keinesfalls sicher, dass sich durch die Aufstockung der Fernsehgebühren die Einnahmen für die Bundesliga wesentlich erhöhen.

Ein weiteres Argument spricht gegen die »Hoeneß-Gebühr«: Es ist keinesfalls sicher, dass sich durch die Aufstockung der Fernsehgebühren die Einnahmen für die Bundesliga wesentlich erhöhen. Bei der Vergabe der TV-Rechte erhält der Sender mit der höchsten Zahlungsbereitschaft den Zuschlag, allerdings zum Preis des zweithöchsten Gebots, da es ja ausreicht, dieses minimal zu überbieten. Um die TV-Rechte zu bekommen, müssten die öffentlich-rechtlichen Sender also ein Gebot abgeben, das knapp über der bislang höchsten Zahlungsbereitschaft liegt, um dieses zu überbieten. Die Bundesliga bekäme folglich die Differenz aus der vormals höchsten und zweithöchsten Zahlungsbereitschaft; diese Differenz kann größer, aber auch geringer sein als die zusätzlichen Mittel aus der Gebührenerhöhung von zwei Euro.

Als Fazit gilt: Eine Verwendung öffentlicher Gebühren für die Bundesliga ist ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigen. Weder liegt ein Marktversagen vor, noch lässt sich ein öffentlich-rechtlicher Programmauftrag ableiten. Die »Hoeneß-Gebühr« für den Fußball wäre nichts anderes als ein mit öffentlichen Geldern noch zusätzlich subventioniertes Monopol.

In vielen Studien und Forschungsprojekten hat das HWWI die wirtschaftlichen Zusammenhänge im Sport untersucht. Die Themen reichen von der ökonomischen Analyse des Dopings über Managementstrategien im Fußball bis hin zu Potenzial- und Trendanalysen auf sportbezogenen Märkten.

STADTENTWICKLUNG VERSUS GENTRIFIKATION

Wem gehört die Stadt?

Text: Alkis Henri Otto

Eimsbüttel an einem sonnigen Frühlingsabend. Die Schlange der Wohnungsinteressenten wälzt sich vom 3. Stock durch das schmale Treppenhaus bis auf den Bordstein. Von der 20 Meter entfernten Gärtnerstraße dröhnt der Verkehrslärm herüber. Einige der etwa 150 Interessenten kennen sich bereits von anderen Besichtigungen und plaudern über ihre Erlebnisse bei der Wohnungssuche. Man wünscht sich Glück: In ein paar Tagen ist wieder eine Besichtigung zwei Straßen weiter. Ein gewohntes Bild in der Hansestadt, denn Hamburg wächst entgegen dem Bundestrend. Die Zahl der Einwohner dürfte bis 2020 voraussichtlich um 50 000 Personen steigen. Bereits seit der Jahrtausendwende hat die Zahl der Einwohner um durchschnittlich 5 000 Personen im Jahr zugelegt. Bei durchschnittlich zwei Personen pro Wohnung ergibt sich damit näherungsweise ein Mehrbedarf von 2 500 Wohnungen jährlich. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der neuen Wohneinheiten aber nur um etwa 1 500 pro Jahr an. Denn von den durchschnittlich 4 000 fertig gestellten Wohnungen müssen bis zu 2 500 Wohnungen, die dem Markt aufgrund von Abriss, Sanierung, Umbau oder mangelnder Marktgängigkeit verloren gehen, abgezogen werden. Da Wohnraum somit immer gefragter und knapper wird, steigen die Mieten und Kaufpreise seit geraumer Zeit real deutlich an.

Moderne Volkswirtschaften sind den Umgang mit Knappheiten gewohnt. Wo Knappheit herrscht, sorgt in der Regel der Markt für einen effizienten Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Der Mechanismus ist bekannt: Nimmt die Nachfrage nach einem Gut zu, steigt sein Preis und das Angebot wird ausgeweitet. Dabei kommen am Ende die Nachfrager zum Zuge, deren Nutzen und

deren Zahlungsbereitschaft die höhere ist. Der Marktmechanismus führt zu einem wohlfahrtsoptimalen Ergebnis. Dies setzt aber voraus, dass wichtige Bedingungen für das Funktionieren der Märkte, wie freier Marktzutritt und ein funktionierender Preismechanismus, erfüllt werden. Für die Stadt und den Wohnungsmarkt ist dies jedoch keineswegs immer gegeben.

Mieter investieren in wertvolles Sozialkapital.

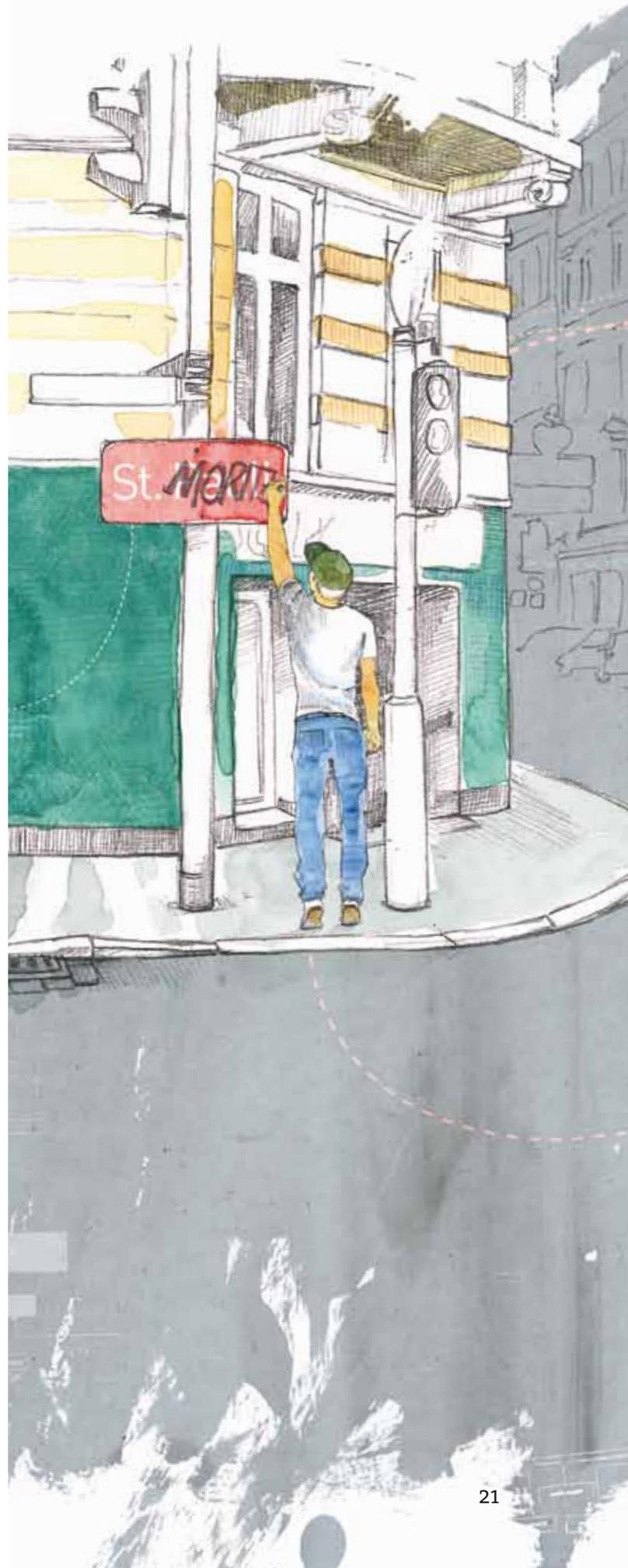
Wäre die Stadt bloß eine Ansammlung von Steinen und Beton, lägen die Dinge einfach. Die Stadt gehörte dann den Eigentümern dieser Kapitalgüter und die geschilderten Marktprozesse könnten die divergierenden Interessen koordinieren. Doch das Phänomen Stadt ist komplexer. Denn nicht nur Vermieter sondern auch Mieter investieren in der Stadt. Mieter knüpfen Kontakte und Freundschaften, treten Vereinen und Initiativen bei und bauen eine enge Beziehung zu ihrem Stadtteil, seiner Infrastruktur und anderen Bewohnern auf. Sie investieren in wertvolles Sozialkapital. Auf dem Wohnungsmarkt spiegeln sich diese Zusammenhänge häufig in einem Konflikt zwischen Mietern und Vermietern – vor allem dann, wenn neue Mieter Wohnraum nachfragen. Da die bisherigen Mieter der Stadt in für sie wertvolle soziale und berufliche Netzwerke eingebunden sind, sinkt ihre Bereitschaft, auf Mietanstiege durch Fortzug zu reagieren. Dies ermöglicht es den Wohnungseigentümern tendenziell, die Erträge der sozialen Strukturen über Mietsteigerungen abzuschöpfen. In einer wachsenden Stadt führt diese unelastische Nachfrage bei geringer

Neubautätigkeit dann häufig zu deutlichen Mietpreisanstiegen. Diese Entwicklung wird von vielen Menschen als unberechtigt empfunden und Debatten über Mieten und Wohnraum gehören zu den immer wiederkehrenden Themen des öffentlichen Diskurses.

Stadt ist aber nicht nur ein Ort sozialer Interaktion, ein von unterschiedlichen sozialen Netzwerken durchzogener Raum. Stadt ist auch, so der Soziologe Armin Nassehi, der Ort, wo sich Fremde begegnen. Im Organismus Stadt ist somit Zweierlei zu beobachten: Das Bekannte, das man durch stabile Beziehungen festigt, und das Fremde, dem man sich nähern oder fern bleiben kann. Für die im Jahr 2006 verstorbene Grande Dame der Stadtökonomie, Jane Jacobs, und den Ökonomen Richard Florida sind es diese komplexen Beziehungen, die Vielfalt (*Diversity*) und die Netzwerke, die die Städte zu den Wachstumszentren unserer modernen Ökonomien machen und zu Wohlstand und Fortschritt führen. Die Akteure nutzen hierbei die Vielfalt der Kulturen und Branchen sowie ihre sozialen Kontakte auf engem Stadtgebiet, um Erkenntnisse und Methoden aus anderen Teilen der Wirtschaft zu adaptieren und gewinnbringend selbst zu nutzen. Städte sind die Orte, an denen Innovationen gedacht werden und der technische Fortschritt realisiert wird.

Die Vielfalt und Netzwerke, die dieses ermöglichen, gehören jedoch niemandem und das Einkommen und das Wachstum, das sie schaffen, werden nicht gesondert erfasst. Hier versagt der Markt und die Wirkung dieser positiven Externalitäten für das Wohlergehen der Stadt wird leicht übersehen oder unterschätzt.

Was bedeutet dies für eine wachstumsorientierte Wohnungsbaupolitik? Es bedeutet zunächst, dass temporäre Mietanstiege kein Problem darstellen müssen, wenn das Angebot sukzessive auf gestiegene Preise reagiert und ausreichend neue Wohnungen bereitgestellt werden. Daher gilt es, ausreichend Flächen für potenzielle Bauherren bereitzustellen oder Verdichtungen im Bestand zuzulassen. Darüber hinaus kann es in besonderen Fällen aber auch sinnvoll sein, dass der Staat bzw. die Stadt den Wohnungsbau fördert. Dies ist dann zu überlegen, wenn positive Externalitäten vorliegen und ausreichend Erweiterungsflächen bereitstehen, das ►



Wohnungsangebot jedoch längerfristig nicht auf steigende Preise reagiert. Für ein solches Verhalten potenzieller Anbieter gibt es eine Reihe von plausiblen Gründen: So können Kreditmarktrestriktionen Haushalten und Investoren Schwierigkeiten bei der Finanzierung bereiten, Unsicherheit über die Zukunft der Stadt zu

Die volkswirtschaftlichen Folgen einer zu geringen Wohnungsbautätigkeit sind negativ.

Attentismus führen oder zu restriktive rechtliche Bestimmungen und Auflagen oder zu hohe Steuern eine Immobilienanlage unattraktiv machen. Die volkswirtschaftlichen Folgen einer zu geringen Wohnungsbautätigkeit sind negativ. Statt einer Expansion der Stadt beobachtet man Verdrängung. Bestehende Netzwerke werden ausgedünnt, die Vielfalt nimmt häufig ab und die positiven Externalitäten, die das Wachstum der Stadt fördern, schwinden unter Umständen gar.

Doch selbst da, wo sich das Stadtbild sichtbar verändert und Investoren reagieren, entbrennen häufig Konflikte. Schauplatz Karoviertel in Hamburg St. Pauli: Kleine Designerboutiquen säumen das Pflaster der Marktstraße, wo früher Migranten, sozial Schwächere, Bauwagenbewohner und Studenten billigen Wohnraum am Rande des alten Schlachthofs fanden. Seit einigen Jahren wandelt sich der Stadtteil, wie es auch das benachbarte Schanzenviertel oder das nicht allzu weit entfernte Ottensen taten. Der Prozess der Gentrifizierung – wie das Phänomen genannt wird – beginnt häufig damit, dass »Pioniere«, zumeist Studenten oder Künstler, sich in einem ärmeren Stadtteil ansiedeln, weil die Mieten niedrig sind und dort eine größere Vielfalt und Freizügigkeit von Lebensstilen herrscht. Im Laufe der Zeit verändern sich die Lebensumstände der Bewohner, ihre Einkommen und Ansprüche steigen. Auch der Stadtteil ändert nun sein Gesicht. Läden und Gastronomiebetriebe siedeln sich an. Gleichzeitig bieten das höhere Einkommen und die Aussicht auf künftig höhere Mieten nun den Eigentümern der Wohngebäude die Möglichkeit, die oft in schlechtem Zustand befindliche Bausubstanz zu sanieren.

Die Vorteile der Stadtteilaufwertung werden schnell sichtbar. Mit der Sanierung schwindet häufig der Grauschleier von den Gebäuden, das gestiegene Einkommen im Stadtteil und die neuen Geschäfte beleben das Straßenbild. Neue Bewohner, die nun die Attraktivität des Stadtteils erkennen, ziehen hinzu. Doch es gibt auch Verlierer der Entwicklung. Es ist der andere Teil des Viertels, der keinen sozialen Aufstieg erlebt hat und nun durch steigende Mieten aus dem gewohnten Umfeld gedrängt wird. Zu einem gewissen Maß ist diese Entwicklung unumgänglich. Eine vitale Stadt bringt es mit sich, dass sich Quartiere und Stadtteile im Zeitablauf ändern und neu erfinden. Zudem muss bei dieser internen Gentrifizierung berücksichtigt werden, dass den negativen Wirkungen für den einen Teil des Stadtteils die positiven Wirkungen des anderen Teils, der Pioniere, gegenüberstehen, die den Stadtteil ihren Bedürfnissen anpassen. Im weiteren Verlauf können sich aber negative Konsequenzen ergeben, wenn neue, zahlungskräftigere Bewohner weiterhin die einstigen Bewohner und schließlich auch die Pioniere des Stadtteils verdrängen und die einstige Vielfalt langsam einer Monokultur weicht. Dann zerstört Verdrängung wiederum Vielfalt und soziale Strukturen.

Wenn Wissenschaftler und Praktiker das Phänomen Stadt begreifen wollen, müssen sie das Wissen über die Bedeutung der Vielfalt und der sozialen Netzwerke in Städten und die damit verbundenen Prozesse besser verstehen lernen. Nicht zuletzt deshalb stellen der Einfluss sozialer Netzwerke und der Vielfalt auf menschliches Verhalten eines der *hot topics* der Sozialwissenschaften dar. Schon heute aber spricht vieles dafür, dass eine wachstumsorientierte Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung aufgrund der institutionellen Voraussetzungen nicht durch den Markt allein gewährleistet werden kann. Ganz ohne staatliche Moderation und Intervention wird es nicht gehen.

Das HWWI hat sich bereits in einer Reihe von Studien und Forschungsprojekten mit Zukunftsfragen der Stadt und Stadtgesellschaft beschäftigt. Diese umfassen schwerpunktmäßig den Einfluss von demografischen Trends und den Einfluss kultureller Vielfalt auf die regionale Wirtschafts- und Immobilienmarktentwicklung.

IRREGULÄRE MIGRATION

Sperrklinkeneffekte verstärkter Grenzkontrollen?

Text: Dita Vogel

Wenn der Winter vorbei ist, steigt wieder die Zahl der Boote, die von Nordafrika aus die kanarischen oder italienischen Inseln zu erreichen versuchen. Wir sehen im Fernsehen, wie erschöpfte Menschen aus überfüllten Booten getragen werden. Wir lesen in der Zeitung, dass wieder Hunderte den Versuch, Europa zu erreichen, mit dem Leben bezahlt haben. Zugleich gibt es Nachrichten von Piraten in Somalia, Vertreibungen im Sudan, Chaos in Zimbabwe und Armut im Senegal. Da liegt eine Schlussfolgerung nahe: Es gibt viele Verzweifelte, die

sich auf den Weg nach Europa machen könnten. Aber Europa kann nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen. Müssen dann nicht die Grenzkontrollen verschärft werden, um den Ansturm der Armen abzuwehren, die vor allem aus Afrika illegal in die europäischen Arbeitsmärkte strömen oder Asylanträge stellen? Die nationalen und europäischen Politiken folgen seit den 1990-ern Jahren vor allem dieser Logik und bauen die Grenz-sicherung aus. Tatsächlich hat diese Politik aber mehr als nur einen Haken. ►



Der eine Haken ist schon erzählt. Wenn die Anreize zur Einreise hoch sind und Grenzkontrollen die leichteren Wege unmöglich machen, werden schwierigere Routen gewählt. Die Zahl der Toten und Traumatisierten an den Grenzen steigt. Kirchen und humanitäre Organisationen weisen darauf hin, welches Leid in Kauf genommen wird, wenn die Grenzkontrolle ausgebaut wird, um illegale Einreisen zu verhindern. Aber werden illegale Einreisen überhaupt verhindert? Funktionieren Grenzkontrollen überhaupt so, wie sie gedacht sind? Zweifel sind angebracht.

Der zweite Haken des Ausbaus der Grenzkontrollen besteht darin, dass sie auch Zuwanderer anlocken können. Es kommt darauf an, was mit denjenigen geschieht, die an der Grenze abgefangen werden. Das Ziel der Grenzpolizei besteht in der Regel darin, illegal Eingereiste so schnell wie möglich dahin zurückzubefördern, wo sie hergekommen sind. Vor allem an den Seegrenzen scheitert das oft.

Wenn der Grenzstaat nicht klar ist, müsste immerhin der Herkunftsstaat die Aufgegriffenen aufnehmen.

Manchmal ist nicht klar, woher die Eingereisten gekommen sind. Hat das Boot aus Marokko, Mauretanien oder sogar im Senegal abgelegt? Warum sollte Marokko von den spanischen Kontrollschiffen aufgegriffene Senegalesen aufnehmen, wenn noch nicht einmal klar ist, ob diese jemals marokkanischen Boden betreten haben? Wenn der Grenzstaat nicht klar ist, müsste immerhin der Herkunftsstaat die Aufgegriffenen aufnehmen. Aber auch der ist nicht immer klar. Manchmal machen die Aufgegriffenen keine Angaben, und manchmal finden die Behörden des angegebenen Staates die Angaben nicht glaubhaft. Warum sollte Senegal einen Sudanesen aufnehmen, der lieber dorthin als in sein Land abgeschoben werden will?

Manchmal stellen die Aufgegriffenen Asylanträge, die durchaus Aussicht auf Erfolg haben könnten. Über Asylanträge zu entscheiden, braucht Zeit. Es ist nicht sinnvoll, dass alle Ankömmlinge diese Zeit auf einer klei-

nen Insel mit begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten verbringen. Deshalb werden Antragsteller in der Regel zum Festland gebracht. Oft verschwinden sie dann aus den unangenehmen Lagern, in die sie gebracht werden. Vielleicht hatten sie nie einen echten Asylgrund, vielleicht haben sie aber auch nur die durchaus realistische Einschätzung, dass sie mehr Chancen haben, im Untergrund zu überleben, als ihre wahre Geschichte glaubhaft zu machen.

Unter diesen Umständen kann der Ausbau der Grenzkontrollen Zuwanderer anlocken. So erklärte der Direktor der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex im September 2008 die Aktionen vor Malta als gescheitert. Das erhöhte Kontrollniveau habe Menschenschmuggler angelockt. Wenn die Schmuggler ihre menschliche Fracht in seeuntauglichen Booten in der Nähe von Frontex-Schiffen aussetzen, können sie hoffen, von Frontex gerettet und nach Europa gebracht zu werden.

Der Sperrklinkeneffekt

Stellen wir uns Juana vor, eine Ecuadorianerin, die nach Deutschland gekommen ist, um eine Kusine in Hamburg zu besuchen. Die Kusine arbeitet als Putzfrau und vermittelt Juana einen Putzjob, mit dem diese ihre Reisekasse aufbessern will. Sie macht sich keine Gedanken darüber, dass sie von diesem Augenblick an illegal im Land ist, weil sie als Touristin nicht arbeiten darf. Sie findet die Arbeit erträglich und den Verdienst gut, so dass sie beschließt, länger zu bleiben und Geld für einige Anschaffungen zu verdienen. Die Kusine vermietet ihr ein Zimmer zur Untermiete und verhilft ihr zu zusätzlichen Jobs. Nach einem Jahr möchte Juana nach Ecuador zurückkehren. Was wird ihr passieren, wenn sie ihr abgelaufenes Visum am Flughafen vorzeigt? Sie hat viele Geschichten gehört. Eine Bekannte, die mit abgelaufenem Visum ausreisen wollte, musste drei Tage in Haft verbringen wie eine Verbrecherin. Als sie im Jahr darauf ihre Schwester in Spanien besuchen wollte, hat sie kein Visum bekommen. Juana möchte gern nach Hause, aber sie hat Angst vor der Ausreise und auch vor der Endgültigkeit der Entscheidung, die ihr Europa für immer verschließen kann. Sie verschiebt die Rückreise. Die Ausreisekontrolle hat den Effekt, dass sie länger bleibt. Sie wirkt wie eine Tür mit einer Sperrklinke, die den Rückweg versperrt.

Der dritte Haken: Einreisekontrollen erhöhen die Bleibeattraktivität. Wenn eine Person ohne Aufenthaltsstatus relativ unproblematisch einreisen und ausreisen kann, wird sie zurückkehren, wenn zum Beispiel das Heimweh zu groß oder der Vater krank wird, wenn sie keine Arbeit findet oder der Verdienst geringer ist als erwartet. Wenn aber die Einreisekontrolle verschärft wird, wird eine illegale Einreise teurer. Die Zuwanderungswilligen investieren entweder in gefälschte Papiere und Geschichten, oder sie riskieren Geld und Leben, um im Boot oder im Lastwagen über die Grenze zu kommen. Wer viel investiert hat, steht unter hohem Druck, nach der Ankunft ökonomisch erfolgreich zu sein und kann nicht einfach zurückkehren, vor allem dann nicht, wenn er oder sie Schulden gemacht hat, um die Reise anzutreten.

Dramatischer und bisher kaum beachtet ist der Effekt der Ausreisekontrollen – der vierte Haken. Die meisten Menschen, die illegal in Europa leben, sind keineswegs illegal eingereist, sondern legal mit einem befristeten Visum. In Italien wird der Anteil der »Dableiber« oder englisch *Overstayer* an allen Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus auf rund 70% geschätzt. In einem Land wie Deutschland, das nur an EU-Staaten grenzt, dürfte der Anteil deutlich höher sein.

Dass sich die Aufenthaltsdauer von Menschen ohne Aufenthaltsstatus verlängert, wenn die Grenzkontrollen verschärft werden, ist in den USA empirisch nachgewiesen worden. In Europa gibt es noch keine quantitativen Analysen, die einen solchen Sperrklinkeneffekt nachweisen. Theoretische Überlegungen legen ihn nahe, und auch Hinweise aus Hintergrundgesprächen mit Mitarbeiterinnen von Wohlfahrts- und Beratungsorganisationen im Rahmen einer laufenden Studie deuten darauf hin. So wurde zum Beispiel ein vermehrter Beratungsbedarf wegen gesundheitlicher Probleme nach längerer Aufenthaltsdauer und beim Arrangieren einer Rückkehr nach einer Phase der Illegalität registriert.

Es gibt also durchaus Argumente dafür, dass schärfere Grenzkontrollen nicht unbedingt zu einer geringeren Zahl von Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Europa führen. Es muss immer der Netto-Effekt bedacht werden, den verstärkte Kontrollen auf Einreisen und auf Ausreisen haben. Wir wissen nicht, ob Grenzkontrollen

mehr Menschen von der Einreise abhalten als von der Rückkehr abschrecken. Wissen in diesem Bereich zu schaffen, ist schwierig. Wissenschaftlich fundierte Studien zur Gesamtzahl der Menschen ohne Aufenthaltsstatus in einem Land sind aufwändig und können immer nur mit einer gewissen Zeitverzögerung Effekte aufzeigen. Derzeit deutet vieles darauf hin, dass die Gesamtzahl der Menschen ohne Status sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union eher gesunken ist. Das hat aber vermutlich weniger mit Grenzkontrollen als mit Legalisierungseffekten zu tun. In Spanien und Italien – zwei Ländern mit hohen Zahlen an Menschen ohne Status – hat es große Legalisierungsprogramme gegeben. Außerdem hatte die Erweiterung der Europäischen Union einen erheblichen Legalisierungseffekt. Viele Menschen, die sich zum Beispiel 2003 illegal in Deutschland aufhielten, kamen aus Staaten, die heute zur Europäischen Union gehören wie Polen oder Rumänien. Polen und Rumänien sind aber jetzt EU-Bürger. Sie können sich nur unter ganz besonderen Bedingungen illegal in Deutschland aufhalten, zum Beispiel wenn sie nach schweren Straftaten ausgewiesen worden sind. Wenn sie die Registrierung bei den Meldeämtern versäumen oder schwarz arbeiten, begehen sie nur eine Ordnungswidrigkeit, ähnlich wie Deutsche, die das gleiche tun. Die Zahl der Menschen, die bei Polizeikontrollen in Deutschland als illegal aufgefallen sind, ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu allen Ausländern, gegen die die Polizei ermittelt hat.

Fazit der Überlegungen: Auch wenn die Bilder von der Südgrenze anderes suggerieren, besteht derzeit kein Grund zur Panik und reflexartigem Ausbau der Grenzkontrollen. Migrationskontrollmaßnahmen sollten sorgfältiger von externen Wissenschaftlern auf alle Effekte evaluiert werden. Vor allem in Zeiten der ökonomischen Krise, in der nicht nur Deutsche und reguläre Zuwanderer, sondern auch Zuwanderer ohne Aufenthaltsstatus ihren Job verlieren, könnte zum Beispiel ein Verzicht auf Ausreisekontrollen möglicherweise bessere Ergebnisse erbringen als eine Verstärkung der Grenzkontrollen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:
<http://irregular-migration.hwwi.net/>

ORDNUNGSPOLITIK NEU DENKEN

Rückkehr des Keynesianismus?

Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze!

Text: Joachim Zweynert

Seit dem Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Lehren des John Maynard Keynes wieder in aller Munde. Auch die Mehrheit der Ökonomen ist heute der Ansicht, dass massive staatliche Konjunkturprogramme nötig sind, um die Krise zumindest ein Stück weit abzumildern. In der breiteren Öffentlichkeit scheint sich mehr und mehr ein Konsensus herauszubilden, dass die Neoliberalen vom Schläge eines Milton Friedman in ihrem Glauben an die Selbstregulierung freier Märkte nunmehr widerlegt seien. Die staatliche Regulierung und Steuerung des Marktes müsse daher statt zum Ausnahme-, eher zum Regelfall werden. Genau hier beginnt ein gefährlicher Trugschluss. Denn die Krise ist mindestens eben so sehr auf staatliche Eingriffe an den falschen Stellen zurückzuführen wie auf das Fehlen von Regulierung dort, wo sie dringend erforderlich gewesen wäre. Doch der Reihe nach.

Individuen, so lehrte Keynes, orientieren sich aufgrund ihrer Unsicherheit häufig an den Handlungen ihrer Mitmenschen.

Zunächst einmal besteht kein Zweifel, dass wir heute wieder viel von Keynes lernen können. Keynes war – und das wird heute gern vergessen – in erster Linie ein Ökonom der Unsicherheit. Individuen, so lehrte er, orientieren sich aufgrund ihrer Unsicherheit häufig an den Handlungen ihrer Mitmenschen. Daraus resultiert ein Herdentrieb, der im Boom zu übertriebenem Optimis-

mus und in der Krise zu übertriebenem Pessimismus führe. Hier setzt auch seine wirtschaftspolitische Therapie an: Wenn selbst ein Zinssatz von null aufgrund pessimistischer Erwartungen die Investoren nicht zum Investieren und die Konsumenten nicht zum Kaufen anregen kann (Konstellation der Liquiditätsfalle), dann versagt die Geldpolitik, und der Staat muss durch umfangreiche Ausgabenprogramme selbst für Nachfrage sorgen. Die Aktualität von all dem ist völlig unstrittig. Niemand wird bestreiten, dass der Herdentrieb entscheidenden Anteil an der amerikanischen *Subprime*-Krise hatte; und staatliche Konjunkturprogramme sind in der heutigen Ausnahmesituation sicherlich geboten, um einen Nachfrageimpuls zu setzen und Vertrauen wieder herzustellen.

Aber: So unbestritten das Versagen vieler Marktteilnehmer auch ist, so wenig darf der Anteil des Staates an der Krise übersehen werden. Sehr im Sinne des Keynesianismus und in krassem Gegensatz zu den Empfehlungen eines Milton Friedman flutete der vormalige US-Notenbankpräsident Alan Greenspan die Märkte immer dann mit Liquidität, wenn ein Abschwung zu befürchten war. Dabei war es spätestens nach der *New-Economy*-Blase offenkundig, dass die amerikanische Volkswirtschaft dringend einer »Reinigungskrise« (nach Schumpeter) bedurfte. Es war kein Zufall, dass die überbordende Liquidität vor allem in den amerikanischen Immobilienmarkt floss. Denn es gehörte zum sozialpolitischen Traum des Roosevelt'schen *New Deal*, auch jenen zu einem eigenen Heim zu verhelfen, die sich das eigentlich nicht leisten konnten. Dafür waren seinerzeit die halbstaatlichen Banken Fannie Mae (1938) und Freddie Mac (1968) ►



geschaffen worden; und dafür wurden Risikokredite auf vielfältige Weise staatlich gefördert.

Beides, der Versuch, notwendige Strukturanpassungskrisen durch eine expansive Geldpolitik zu verhindern, und das Ziel, ein staatliches Sozialbeglückungs-Programm zu verwirklichen, schuf erst jenes Umfeld, in dem private Akteure gehörig dazu beitragen konnten, dass Keynes' Depressionstheorie heute wieder aktuell ist. Festzuhalten aber ist: Ausgelöst wurde diese Krise zu einem beträchtlichen Teil durch Konzepte, die wohl kaum im Sinne des pragmatischen Ökonomen John Maynard Keynes waren, durchaus aber im Sinne vieler seiner heutigen Apologeten.

Wenn heute behauptet wird, der Neoliberalismus sei schuld an der Krise, so muss man dazu feststellen: »Den« Neoliberalismus hat es nie gegeben. Vor allem zwischen den Lehren der Chicago School um Milton Friedman und dem deutschen Neoliberalismus eines Walter Eucken oder Wilhelm Röpke gilt es sehr genau zu unterscheiden. Während die »Chicago boys« als Reaktion auf Keynes tatsächlich einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft befürworteten, verstanden die deutschen Neoliberalen ihr Gesellschaftskonzept ausdrücklich als eine Art »dritten Weg« jenseits von »Laissez-faire«-Kapitalismus und Sozialismus. Genau wie im Falle von Keynes entstanden ihre Ideen maßgeblich unter dem Eindruck der »Großen Depression«. Gerade Wilhelm Röpke demonstrierte in seinen bahnbrechenden konjunkturtheoretischen Schriften der frühen 1930-er Jahre, dass man auch auf Grundlage der damals vorherrschenden liberalen Österreichischen Konjunkturtheorie zu der Erkenntnis gelangen konnte, dass im seltenen Fall einer »sekundären«, sich aufgrund pessimistischer Erwartungen selbst verstärkenden Krise nur staatliche Ausgabenprogramme den Weg aus der Krise weisen könnten. Anders als Keynes hüteten sich Eucken, Röpke und ihre Mitstreiter aber, aus dem kurzfristigen Ausnahmeszenario einer sich selbstverstärkenden Depression gleich eine *General Theory* ableiten zu wollen. Die Beobachtung, dass sich selbst überlassene Märkte durchaus nicht unter allen Umständen zu Stabilität und Selbstregulierung neigen, führte sie vielmehr gerade zu Schlussfolgerungen, die denen von Keynes direkt entgegengesetzt

waren: Statt den Wirtschaftsprozess zu lenken, solle der Staat der Wirtschaft durch klare und transparente Regeln einen Ordnungsrahmen vorgeben, innerhalb dessen er den privaten Akteuren freie Hand lassen müsse.

»Wer den Nutzen hat,
muss auch den Schaden tragen.«

Dabei wies Eucken gerade dem Haftungsprinzip überragende Bedeutung zu: »Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen. Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen die Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte sorgfältig abzutasten.« Die staatliche Aufgabe, durch klare und transparente Regeln die Kapitalmärkte effizient zu kontrollieren, ist in den USA in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden – und das hat durchaus etwas mit falsch verstandenem wirtschaftlichem Liberalismus zu tun.

Das Prinzip »Haftung« wurde in den USA durch eine verhängnisvolle Mischung aus geldpolitischer Expansion, sozialpolitischem Dirigismus und laxer Regulierung der Kapitalmärkte außer Kraft gesetzt. Solche Krisen können künftig nur verhindert werden, indem der Staat der Wirtschaft eine Ordnung gibt, die für Transparenz sorgt und Fehlanreize minimiert, und im Übrigen von Eingriffen in den Wirtschaftsprozess so weit wie möglich absieht. Dazu gehört auch der Grundsatz, die Geldmenge am Produktionspotenzial auszurichten und keine Sozialpolitik gegen die Gesetze des Marktes zu betreiben. Deshalb ist eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze geboten, um konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft wie persönliche Haftung, stabiles Geld und verlässliche Politik wieder zu jener Geltung zu verhelfen, ohne die die Marktwirtschaft langfristig nicht lebensfähig ist. Obwohl unstrittig ist, dass es derzeit gilt, das Feuer zu löschen, so muss man sich schon heute überlegen, wie man die Märkte in Zukunft strukturieren kann, um einen erneuten Flächenbrand zu verhindern.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:
<http://roepke-institut.hwwi.net/>



... wachsendes Wissen!

Nutzen Sie die Publikationen des HWWI zu Ihrem kontinuierlichen Wissens- und Informationsgewinn. Mit diesen Veröffentlichungen bieten wir Ihnen einen umfassenden Service an wirtschafts-, gesellschafts- und umweltrelevanten Informationen.



HWWI Research

Diese interne Publikationsreihe präsentiert WissenschaftlerInnen Forschungsergebnisse von HWWI ForscherInnen und von Forschungspartnern.



HWWI Policy

In dieser internen Publikationsreihe finden Politik und Wirtschaft praxisorientierte Entscheidungsgrundlagen.



Edition HWWI

In dieser Buchreihe erscheinen abgeschlossene, umfangreiche Gutachten sowie Dissertationen.



Partnerpublikationen

Diese Studien präsentieren der Wirtschaft und Politik die Ergebnisse gemeinsamer Forschungsprojekte mit unseren Partnern.

Publikationen des HWWI finden Sie auch online unter www.hwwi.org/Publikationen.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)
Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
insights@hwwi.org | www.hwwi.org



HWWI